

Wahlprüfstein Bund deutscher Milchviehhalter

Milchmarkt

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenebegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?

DIE LINKE hält ein erweitertes Sicherheitsnetz auf EU-Ebene zur Abfederung zukünftiger Milchpreiskrisen für notwendig. Dazu gehört an erster Stelle mehr Markttransparenz, um Frühwarnungen an die Branche in konkrete Maßnahmen zur frühzeitigen Milchmengenreduktion umzusetzen und gegebenenfalls später zeitlich befristete Interventionsmaßnahmen mit staatlicher Förderung durchzuführen. Noch wichtiger ist aus unserer Sicht eine permanente, präventiv wirkende und EU-weite nachfrageorientierte Milchmengenregulierung, die nicht nur für die Phase einer Preiskrise greift.

2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?

DIE LINKE sieht die Ursache für wiederkehrende Marktverwerfungen vor allem in der Fehlausrichtung der EU-Politik, denn die strategische Orientierung auf

globale, angeblich unersättliche Absatzmärkte außerhalb der EU bedeutet, sich zwangsläufig der Volatilität von Dumpingpreisen auf dem Weltagrarmarkt anzuliefern. Wünschenswert wäre eine branchennahe Regulation, wie sie ansatzweise aktuell im Ökobereich funktioniert. Aber angesichts des Systems einer strukturellen Übermacht von Handels- und Molkereikonzernen wird das im konventionellen Bereich nicht funktionieren und ob es auf Dauer im Ökobereich funktioniert, ist fraglich.

Ein Teil der Branche, einige wenige Molkerei- und Handelskonzerne profitieren davon, haben politisch auf eine Liberalisierung des Milchmarktes hingewirkt und tragen deshalb auch eine Mitverantwortung für die Milchpreiskrisen. Die Erzeugerbetriebe hingegen stehen immer dominanteren Molkerei- und Handelskonzernen gegenüber, deren Erpressungspotenzial noch steigt, wenn die produzierte Milchmenge über der Nachfrage liegt. Eine weitere negative Folge der Exportstrategie ist die tendenziell geringere Wertschöpfung, die selbst dann wenig Spielraum für faire Erzeugerpreise bietet, wenn das Milchangebot nicht die Nachfrage übersteigt. Deshalb ist eine auf die regionale Versorgung orientierte Milchproduktion ein wichtiger Ausweg aus den zyklischen Krisen der vergangenen Jahre.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?

Im Grundsatz unterstützt DIE LINKE Strukturen, die eine kooperative und solidarische Zusammenarbeit in der Wirtschaft als Alternative zu konkurrenzialen Wettbewerb und Verdrängung ermöglichen. Die „Branche“ setzt sich allerdings gegenwärtig aus sehr vielen Akteuren mit ungleichen Verhandlungspositionen zusammen. Aufgrund der massiven Konzentrationsprozesse in Verarbeitung und Handel, stehen viele Erzeugerbetriebe einer immer geringeren Anzahl von Molkereien und diese noch weniger Handelskonzernen gegenüber. Aus Sicht der LINKEN kommt es deshalb darauf an, die Entscheidungsmacht zugunsten der Erzeugerbetriebe zu verschieben. Das wird nur gelingen, wenn die Gewinne in der Wertschöpfungskette zu Gunsten der Erzeugerbetriebe fairer verteilt werden. Die von der Bundesregierung gelobten Branchengespräche haben wiederholt gezeigt, dass die Konzerne nicht freiwillig auf Gewinne und Macht verzichten

werden. Solche Gespräche machen nur Sinn, wenn alle Beteiligten auf Augenhöhe agieren können. Deshalb fordert DIE LINKE eine verstärkte kartellrechtliche Prüfung und zukünftig auch eine Erweiterung des Kartellrechts um gemeinwohlorientierte Kriterien. Neben der Verarbeitungsindustrie muss auch der Druck auf den Lebensmitteleinzelhandel erhöht werden.

4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?

DIE LINKE steht Branchenorganisationen grundsätzlich offen gegenüber. Ihre Einflussnahme auf globale Märkte schätzen wir jedoch begrenzt ein. DIE LINKE hält die Ausrichtung auf globale, angeblich unersättliche Absatzmärkte für falsch, denn wir wollen die Existenz des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebs nicht von volatilen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt abhängig machen. Die Frage ist auch, was unter „Modernisierung der Lieferbeziehungen“ zu verstehen ist. Wenn damit eine effizientere Verdrängung von Produktionskapazitäten in anderen Ländern, vorzugsweise in Afrika und Asien gemeint sein sollte, lehnen wir das ab. DIE LINKE will die landwirtschaftlichen Betriebe nicht den zu erwartenden Preiskrisen ausliefern und setzt stattdessen auf nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln und regionale Wertschöpfungsketten.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Hier sieht DIE LINKE seit vielen Jahren politischen Handlungsbedarf und hat diesen auch immer wieder eingefordert. Auf EU-Ebene muss eine permanente nachfrageorientierte Mengenregulierung eingeführt werden. Kartellrechtliche Prüfungen und die Erweiterung des Kartellrechts um gemeinwohlorientierte Kriterien sind weitere Maßnahmen. S. auch Antwort zu Frage Nr. 3.

Reform der GAP

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem

auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Von einer Agrarpolitik, die DIE LINKE für notwendig hält, sind wir leider weit entfernt. Es wird immer noch über die Höhe von Subventionen und über die einzelnen Säulen in der GAP diskutiert. Die exportorientierte und profitmaximierende Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die einer wirklichen sozial-ökologischen Entwicklung vollkommen entgegensteht, wird nicht angefasst. DIE LINKE setzt sich dagegen klar für eine generationen- und geschlechtergerechte Agrarpolitik ein. Wir wollen eine Landwirtschaft, die sich strategisch an regionaler Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Versorgung orientiert und nicht am Export und der Gewinnmaximierung von Konzernen und Investor*innen. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die Wertschöpfung in die Region bringt und Nahrung produziert. Und wir brauchen vor allem die Landwirt*innen, die die Flächen durch Ackerbau, Weidehaltung oder Mahd bewirtschaften. Innerhalb der Erzeuger*innenkette muss es eine faire Risiko- und Gewinnverteilung geben. Landwirt*innen müssen selbst von ihrer Arbeit leben, aber auch ihre Beschäftigten fair bezahlen und wichtige gemeinwohlorientierte Investitionen realisieren können. Diese umfassen beispielsweise die Bereiche Tierwohl, Umwelt und Klimaschutz oder bessere Arbeitsbedingungen.

S. auch das Positionspapier **Für eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik ab 2020 in den ländlichen Räumen** (zur Diskussion der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) nach 2020; Beschluss der Bundestagsfraktion vom 5. Juni 2018)

2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission zur Weiterentwicklung der GAP 2020?

Noch ist unklar, wie sich die Vorschläge zur GAP konkret auswirken. Zu den eco-schemes gibt es bis dato keine speziellen Äußerungen.

Für DIE LINKE ist wichtig, dass auch schon innerhalb der 1. Säule Geld nur für Landwirtinnen und Landwirte fließt, die bestimmte Umwelt- und Sozialmaßnahmen durchführen. Eine Verlagerung von Geld aus der zweiten in die erste Säule hält DIE LINKE trotzdem für nicht zielführend, da hier nicht nur

Agrarumweltmaßnahmen finanziert werden, sondern auch Beratung, investive Vorhaben und strategische Zusammenschlüsse.

Es soll eine Mitbestimmung der Länder geben, aber die vorgesehenen Strategiepläne müssen einheitlichen Grundanforderungen in Hinsicht Ökologie und Soziales erfüllen. Nicht-Landwirt*innen, v.a. außerlandwirtschaftliche Investor*innen möchte DIE LINKE vom Kauf von landwirtschaftlichen Flächen ausschließen. Eine Kappung halten wir für nicht zielführend, da sowohl große Betriebe als auch kleine Betriebe gut nachhaltig und tierwohlorientiert wirtschaften können. Auf die Größe kommt es nicht an, sondern auf die umgesetzten Maßnahmen. Genossenschaftsmodelle bspw. hält DIE LINKE gerade aus sozialen Gesichtspunkten für ausgesprochen sinnvoll. Aber auch alternative Modelle wie die Solidarische Landwirtschaft möchten wir unterstützen. (S auch hierzu das Positionspapier)

3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

DIE LINKE fordert nicht nur die Einhaltung von ökologischen, sondern v.a. auch von sozialen Kriterien wie versicherungspflichtige Arbeitsplätze, Förderung von Ausbildungsplätzen und Junglandwirt*innen. Außerdem muss dringend das Dogma der entkoppelten Stützung in Hinsicht auf die Zahlung einer Weidetierprämie, wie sie 22 andere Mitgliedstaaten der EU haben, aufgegeben werden. (S. Positionspapier gemeinwohlorientierte Agrarpolitik)

4. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?

Eine sinnvolle Verteilung von Geldern hält DIE LINKE für wichtig. Das fängt für DIE LINKE aber nicht bei der Aufteilung von erster- oder zweiter Säule-Geldern an, sondern bei einer gerechten Risiko- und Gewinnverteilung in der Erzeuger*innenkette. Diejenigen, die das meiste Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn davontragen. Uns geht es dabei hauptsächlich um die Deckung der Produktionskosten plus einer Gewinnmarge, von der Mensch gut leben kann. Wenn nur die großen Player am Markt wie die Saatgut- und Pflanzenschutzmittelproduzenten, Schlachthofkonzerne und der

Lebensmitteleinzelhandel (LEH) die Hände in Größenordnungen aufhalten und maximale Gewinne einfahren, die Landwirt*innen aber nichts vom Kuchen abbekommen, läuft etwas grundverkehrt. Werden die Gewinne der Konzerne eingeschmolzen, wird es auch für die Verbraucher*innen nicht zwingend teurer. Eine Grundlage für das Erreichen dieses Zieles ist für DIE LINKE der Ausstieg aus dem markt- und v.a. exportorientierten System, in dem die Agrarproduktion seit Langem feststeckt.

5. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?

6. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?

DIE LINKE will schon in der ersten Säule verpflichtende Umwelt- und Sozialkriterien einführen, um die landwirtschaftliche Produktion insgesamt nachhaltiger zu gestalten. Bitte lesen Sie dazu unser Positionspapier zur GAP ab 2020.

Wahrheit und Klarheit der Kennzeichnung

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

DIE LINKE unterstützt das Anliegen des BDM für eine klare und wahre Produktkennzeichnung. Die Herkunftskennzeichnung muss den gesamten Herstellungsprozess und die gesamte Lieferkette umfassen, quasi ein „Reisepass für Lebensmittel“ vom Stall bis in die Ladentheke sein. Wichtig sind der LINKEN darüber hinaus Informationen, die für die Verbraucherinnen und Verbraucher verständlich und nachvollziehbar sind.

Tierwohl

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?

Durch eine faire Gewinn- und Risikoverteilung innerhalb der Erzeuger*innenkette kommt mehr Geld bei den Produzierenden an. So kann auch bspw. Tierwohl finanziert werden. Allerdings müssen hier Bundesprogramme und Programme innerhalb des ELER und der GAK zusammen fließen.

2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?

DIE LINKE setzt sich für verpflichtende staatliche Label ein. Die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen Sicherheit beim Labeling. Label, die vom Lebensmitteleinzelhandel für Eigenmarken erdacht werden, suggerieren zwar Nachhaltigkeit, dienen aber hauptsächlich der Gewinnmaximierung. Verlässliche Label wie die von Bioland oder Demeter, die von Bio-Anbauverbänden stammen, bilden hier eine Ausnahme, da sie nicht Konzerninteressen verfolgen, sondern relativ unabhängig agieren.

3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

DIE LINKE will ein Verbot der Anbindehaltung von Rindern erreichen, wobei zuerst der Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung kommen muss. Fördermittel, auch aus den Agrarförderinvestitionsprogrammen, sollten explizit den Ausstieg aus dieser Haltungsform unterstützen.

4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

s. Antwort auf Frage 3

Düngeverordnung

1. Welche Anstrengungen will Ihre Partei unternehmen, die Wiedereinführung der Derogationsregel schnell zu ermöglichen?

Die Überschussprobleme der Nitrat- und Phosphatdüngung sind leider noch nicht gelöst. Allerdings nimmt die Derogationsregelung nur eine überschaubare Anzahl von Betrieben in Anspruch. Grundsätzlich muss aus Sicht der LINKEN eine mögliche Verlängerung der Derogationsregelung bundesweit einheitlich gelten. Eine dokumentierte Düngungsplanung für die N- und P-Düngung sollte zur Grundlage guter fachlicher Praxis werden. Insgesamt ist es für DIE LINKE wichtig Ökosystemleistungen, wie CO₂-Speicherung, der Böden, Grundwasserneubildung usw., zu schützen und dabei sozialverträgliche Arbeits- und Lebensverhältnisse zu schaffen.

2. Wie steht Ihre Partei zu der Erweiterung einer Ausnahmeregelung bezüglich der Festlegungen zu nach der DVO zu verwendenden Gülleausbringtechnik?

Die Technik der Gülleausbringung spielt für den Nähr- und Schadstoffeintrag v.a. in Grund- und Oberflächenwasser eine große Rolle. DIE LINKE möchte die Schutzgüter Boden und Wasser im Sinne der Allgemeinheit sauber und intakt erhalten. DIE LINKE erkennt jedoch an, dass es in besonderen Regionen Ausnahmen bedarf.

„Wolfproblematik“

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, Problemwölfe umgehend zu entnehmen?

Wie aus einem Berichts Antrag betreffend Tierverluste in der Weidetierhaltung (Drucksache 19/6 136, 23.4.2018) unserer Landtagsfraktion hervorgeht, wurden der Hessischen Tierseuchenkasse in den letzten 5 Jahren jährlich zwischen 24.700 und 28.000 "Falltiere" (Kälber einschließlich Totgeburten und Tieren bis 12 Monate) gemeldet. Der durchschnittliche prozentuale Verlust in der Rinderhaltung liegt nach diesen Angaben bei 7,9 %. Der Anteil der wolfsverursachten Schäden an Rindern in Hessen, geht nach den Angaben der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (2016) gegen Null. Bis dato stellt sich diese Problem in Hessen daher noch nicht. Den Gefahren für Weidetiere durch eine zunehmende Wolfspopulation in Hessen, ist in erster Linie durch Schutzmaßnahmen in der Weidetierhaltung zu begegnen. In

anderen Bundesländern hat sich gezeigt, dass bei geeigneten Maßnahmen die Tierverluste auch bei steigender Wolfspopulation klein gehalten werden können.